



Schrottpapiere für 480 Milliarden Euro

Noch im April wurde aus Brüssel Zuversicht verbreitet: Die Euro-Talfahrt sei gestoppt! Doch Mitte Mai wurde der nächste Schwindsucht-Anfall der Einheitswährung Tatsache. Was sind die Hintergründe?

Es war im Frühjahr 2010: **Griechenland** wurde scheinbar «gerettet». Die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) spannten einen monumentalen Rettungsschirm im Wert von **110 Milliarden Euro** über den bankrotten Griechen auf. Ein Jahr später sind diese 110 Milliarden **aufgebraucht**. Der griechische Schuldenberg wächst rascher denn je. Neue Rettungsmassnahmen seien notwendig. Brüssel spricht von **90 Milliarden Euro** neuer Rettungskredite.

Euro im freien Fall

Inzwischen wurden auch **Irland** und **Portugal** vom faktischen Bankrott ereilt. Und Spanien taumelt.

Hektische Rettungsversuche sind im Gang: Die **Europäische Zentralbank (EZB)** hat unter offener Verletzung ihrer eigenen Satzungen Staatspapiere der bankrotten Staaten zum vollen Nominalwert aufgekauft – und dies in schwindelerregendem Umfang von sage und schreibe **480 Milliarden Euro** (publiziert im «Spiegel» 21/2011, von Brüssel nicht dementiert) – obwohl diese Papiere höchstens noch einen Bruchteil ihres Nominalwertes wert sind.

Wir Schweizer erinnern uns: Die **UBS** ging im Oktober 2008 aufgrund von angeblich 60 Milliarden Franken, die in US-Schrottpapieren investiert waren, fast zugrunde. Die Eidgenossenschaft musste mit 6, die Nationalbank mit gut 40 Milliarden Franken zu Hilfe eilen, also Schrottpapiere übernehmen.

Der Bund hat seine Papiere inzwischen mit einer Milliarde Gewinn verkaufen können. Auch die Nationalbank hat grosse Teile der übernommenen Papiere bereits wieder abstossen können. Möglicherweise treten für beide Retter keine Verluste ein.

Inflationierungs-Politik

Die Europäische Zentralbank jedoch sitzt auf

Schrottpapieren, für die sie 480 Milliarden Euro bezahlt hat. Laufend muss sie weitere kaufen. Faktisch wird damit die Notenpresse in Betrieb gesetzt, also bewusst auf **Inflationierung** gesetzt.

Längst ist klar: Die Verschuldungskrise ist nicht zu meistern, wenn den Bankrotten nicht Schuldenerlass gewährt wird. Hauptgläubiger der bankrotten Staaten sind **französische, deutsche und englische Banken**. Müssen diese Guthaben im erforderlichen Ausmass streichen, dann werden diese Gläubigerbanken reihenweise kollabieren – wenn sie nicht von ihren Staaten mit Steuergeldern gerettet werden. Das ist der Grund, dass niemand von Entschuldung spricht.

Nationalbank auch betroffen

Die Situation wird sich, je länger zugewartet wird, weiter verschärfen – äusserst gefährlich verschärfen.

Auch für die Schweiz. Unsere Nationalbank hat mit Euro- und Dollar-Übernahmen innert Jahresfrist rund **27 Milliarden Franken verspielt**. Ein enormer Verlust! Die Nationalbank versucht, ihn in Grenzen zu halten, indem sie ihrerseits **Staatspapiere** der noch solideren Euro-Staaten aufkauft. Die Schweiz ist auf diese Weise heute zum **grössten Gläubiger Deutschlands** geworden. Auch eine mehr als nur ungemütliche Situation.

Alle Schweizerinnen und Schweizer müssen sich im klaren darüber sein: Aufgrund der Weigerung der EU, endlich Entschuldungen einzuleiten, droht aufgrund der unsinnigen Euro-Spekulationen der Schweizerischen Nationalbank auch **den Schweizer Goldreserven**, den allein noch echte Werte verkörpernden Reserven der Nationalbank, höchste Gefahr.

Es muss gehandelt werden, bevor es zu spät ist.

Ulrich Schlüer